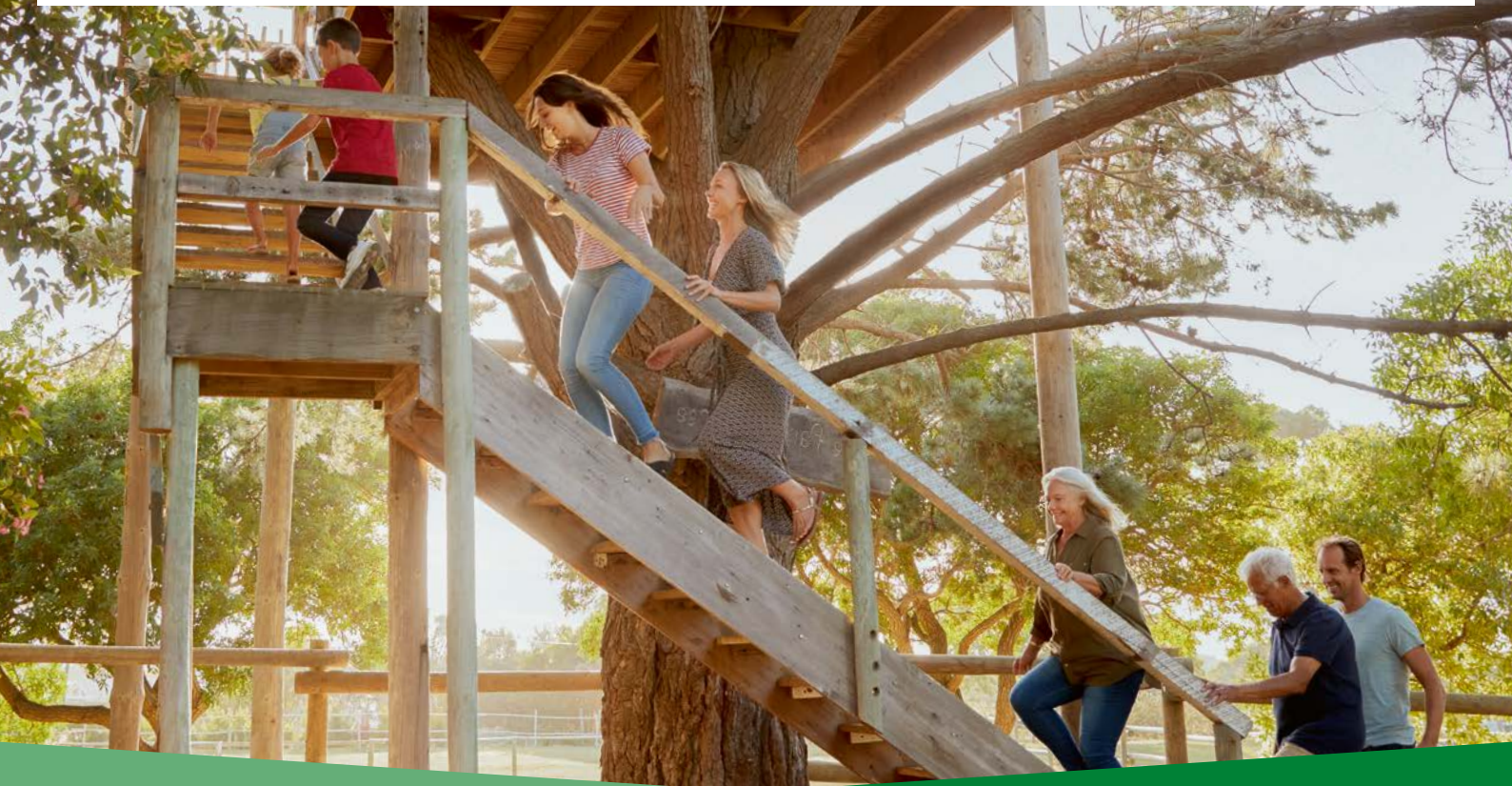




Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend



Familienbarometer

Stand und Perspektiven einer krisensicheren und chancenorientierten Familienpolitik

Familienbarometer

Stand und Perspektiven einer krisensicheren und chancenorientierten Familienpolitik

Inhalt

Vorwort der Ministerin	7
1 Einleitung: Das Familienbarometer	11
2 Familienleben heute	13
2.1 Familienalltag	13
2.2 Partnerschaftliche Vereinbarkeit von Familie und Beruf	20
2.3 Wirtschaftliche Sicherheit von Familien	31
2.4 Zusammenfassende Standortbestimmung der Familienpolitik	37
3 Handlungsfelder einer krisenfesten und chancenorientierten Familienpolitik	38
3.1 Handlungsfeld „Finanzielle Sicherheit für Familien erhöhen“	39
3.2 Handlungsfeld „Kinderbetreuung bedarfsgerecht weiterentwickeln“	40
3.3 Handlungsfeld „Zeitautonomie in herausfordernden Familienphasen erhöhen“	41
3.4 Wirkungen verstärken	42
Quellenverzeichnis	44



Vorwort der Ministerin

Liebe Leserinnen und Leser,

eine Gesellschaft, die zusammenhält und in der aufeinander Acht gegeben wird, ist stark. Eine Kernaufgabe des Staates ist es, Sicherheit zu schaffen – erst recht in Zeiten, in der Menschen sich um ihre Zukunft sorgen. Gerechtigkeit und sozialer Ausgleich, der Zusammenhalt der Generationen und der Gesellschaft insgesamt, sind deshalb Richtschnur meiner Familienpolitik. Familien sollen sich auf gute und sie unterstützende Rahmenbedingungen verlassen können. Deshalb liegen mir die Kindergrundsicherung, bessere Möglichkeiten zur partnerschaftlichen Vereinbarkeit von Familie und Beruf und gute Kita- und Grundschulbetreuung besonders am Herzen.



Die Kindergrundsicherung schafft Chancen und Sicherheit

Jedes Kind soll mit **guten Chancen ins Leben starten**, unabhängig von den finanziellen Möglichkeiten seiner Eltern. Wer weniger hat, soll deshalb mehr bekommen. Mit der Kindergrundsicherung führen wir verschiedene Einzelleistungen für Kinder zusammen und knüpfen ein **Sicherheitsnetz**, auf das sich alle Kinder und ihre Familien verlassen können. Je sicherer die finanzielle Situation von Familien ist, desto **sorgenfreier** können Kinder **aufwachsen** und ihren Weg gehen. Damit möglichst alle Kinder und Jugendlichen auch die Unterstützung erhalten, die sie benötigen, verbinden wir die Kindergrundsicherung mit einem **Modernisierungsschub für die Verwaltung**. Bei zu vielen Kindern und ihren Familien kommen Unterstützungsleistungen bisher gar nicht an, weil sie diese nicht kennen oder an der Antragsstellung verzweifeln. Die neue Leistung soll deshalb digitaltauglich sein und mit möglichst wenig bürokratischen Hürden bei den Kindern und ihren Familien ankommen. Das gilt auch für andere familienpolitische Leistungen. Beim Elterngeld sind wir mit dem Onlinedienst ElterngeldDigital schon weit vorangeschritten. Leistungen, die einfach und verständlich sind, die ohne Barrieren in Anspruch genommen werden können, sind ein wichtiger Baustein für mehr Teilhaberechtigkeit.

Sorge- und Erwerbsarbeit partnerschaftlich aufzuteilen, baut Ungleichheiten in der Gesellschaft ab und leistet einen Beitrag zur langfristigen Fachkräftesicherung

Familie ist vielfältig und so sind es **auch Fürsorgebedarfe** in Familien. Immer häufiger wird die Phase, in der Kinder im Mittelpunkt stehen, von Zeiten der Fürsorge für die pflege- und unterstützungsbedürftigen Eltern abgelöst oder auch begleitet. Noch immer sind es **vor allem Frauen, die die Hauptverantwortung** bei der zeitintensiven **Kinderbetreuung** oder in der **Angehörigenpflege tragen** und dafür den Umfang ihrer eigenen Erwerbstätigkeit reduzieren oder (phasenweise) ganz aus dem Beruf aussteigen. Frauen sind heute **bestens ausgebildet**, sie haben im Schnitt gleiche oder höhere Bildungsabschlüsse und Qualifikationen als Männer. Mit der Geburt des ersten Kindes fallen die meisten Paare dennoch in **traditionelle Geschlechterrollen** und Aufgabenverteilungen zurück. Viele **Eltern wünschen** sich eine **partnerschaftliche Aufteilung von Kinderbetreuung, Haushalt und Erwerbstätigkeit**, aber nur ein Bruchteil kann dies auch leben. Ich möchte die Rahmenbedingungen verbessern, mit denen eine partnerschaftliche Vereinbarkeit von Familie und Beruf möglich ist.

Zur Vereinbarkeit gehören aber nicht nur rechtliche Rahmenbedingungen, sondern auch eine **familienfreundliche Arbeitswelt**. Daran arbeiten wir gemeinsam mit über 8.300 Mitgliedern in unserem Unternehmensnetzwerk „Erfolgsfaktor Familie“ und unterstützen insbesondere KMU bei einer familienfreundlichen Personalpolitik. Davon profitieren beide Seiten: Arbeitgeber und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Denn Familienfreundlichkeit stärkt die Arbeitgeberattraktivität. Dem gesellschaftlichen Trend folgend gewinnen jene Unternehmen den Wettbewerb um Fachkräfte, die Väter und Mütter bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf unterstützen.

Druck aus den Familien nehmen, für Entlastung sorgen und Fürsorgearbeit anerkennen

Die meisten Menschen wünschen sich, auch **im Pflegefall möglichst lange zu Hause** leben zu können und dort versorgt zu werden. Wenn pflegende Angehörige diese wichtige Aufgabe übernehmen, gebührt ihnen dafür nicht nur Anerkennung, sondern auch staatliche Unterstützung. Mit einer grundlegenden Reform der Familienpflegezeit sollen Auszeiten für Pflege deshalb besser abgesichert werden. Ähnlich wie beim Elterngeld verbinden wir auch mit der Familienpflegezeit das Ziel, in Zeiten besonderer Fürsorgebedarfe eine zeitlich befristete Auszeit vom Beruf und eine Arbeitszeitreduzierung zu ermöglichen. Durch die Ergänzung des bestehenden Rechtsanspruchs durch eine **befristete Lohnersatzleistung** wird gleichzeitig eine **Brücke zur Wiederaufnahme der Erwerbstätigkeit** gebaut, um langfristigen oder dauerhaften Ausstieg aus dem Beruf zu vermeiden. Das sorgt für wirtschaftliche Stabilität in den Familien und leistet zugleich einen Beitrag zur Fachkräftesicherung. Dazu muss der Auf- und Ausbau ambulanter Unterstützungsstrukturen für Pflegebedürftige und die unterstützenden Menschen kommen, damit Pflege und Beruf wirklich vereinbar werden.

Stabile Infrastruktur für Familien, Chancen für jedes Kind: Kitaqualität verbessern, Kinderbetreuung in Kita und Grundschule ausbauen

Gute Kitas und Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter sind doppelt wichtig. Eine verlässliche Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur sichert Kindern frühe Chancen und ermöglicht es Eltern, Familie und Beruf gut unter einen Hut zu bringen.

Sie sorgen für Chancengerechtigkeit und bauen ein Fundament für Bildung, für eine gesunde Entwicklung und für soziale Teilhabe. Alle Kinder in Deutschland sollen die Chance auf gute frühkindliche Bildung haben, egal, wo sie wohnen, egal, ob ihre Eltern reich oder arm sind. Mit dem **KiTa-Qualitätsgesetz** machen wir einen großen Schritt für mehr Qualität in der Kindertagesbetreuung in ganz Deutschland. Ziel sind **bis zum Ende der Legislaturperiode bundesweite Standards**, damit die Qualität überall im Land gleichermaßen hoch ist. Gleichzeitig arbeiten wir an der **Umsetzung des Rechtsanspruchs auf ganztägige Betreuung für Grundschul Kinder**.

Ihre



Lisa Paus

Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

1

Einleitung: Das Familienbarometer

Das vierte Jahr in Folge steht sozialstaatliches Handeln im Zeichen der Bewältigung von Krisenerfahrungen. Dabei treffen die Coronapandemie und der russische Angriffskrieg auf die Ukraine mit ihren Folgen für die Gesamtwirtschaft und die individuelle Einkommenssicherheit auf eine Gesellschaft, die sich aufgrund demografischer und klimapolitischer Herausforderungen sowie unter dem Eindruck der Digitalisierung und Zuwanderung ohnehin in einer grundlegenden Transformation befindet. Die hohe Inflation und die Erwartungen einer wirtschaftlichen Rezession erhöhen die Unsicherheit. Gerade in einer solchen Zeit ist die Bedeutung der Familie für Stabilität und Lebenszufriedenheit enorm hoch. Hilfspakete für private Haushalte und Unternehmen sowie Interventionen zur Deckelung des Preisanstiegs sorgen dafür, die negativen Folgen dieser Krisen für Sicherheit, Chancen und gesellschaftlichen Zusammenhalt einzugrenzen und nicht zuletzt Familien bedarfsgerecht bei der Bewältigung von Krisenfolgen zu unterstützen.

Doch Familienpolitik gestaltet auch langfristig die Rahmenbedingungen für das Familienleben mit und flankiert so einen Prozess sich ändernder gesellschaftlicher Werte und individueller Wünsche, wie Elternschaft heute gelebt wird. Dabei weist sie unmittelbare Bezüge zur Sozial-, Gleichstellungs-, Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik auf und ist daher ein wirkungsstarkes Handlungsfeld sozialstaatlicher Investitionen. Dementsprechend wurden im Koalitionsvertrag der Bundesregierung wichtige Fortschrittsprojekte definiert, die dazu beitragen sollen, Familien neue Chancen zu bieten, damit sie selbstbestimmt ihre Lebensentwürfe umsetzen können.

1 Einleitung: Das Familienbarometer

Das vorliegende Familienbarometer bringt beide Perspektiven zusammen: Interventionen und Krisenmanagement und die Weiterverfolgung familienpolitischer Ziele beziehen sich aufeinander. Es beschreibt, wie sich Familienleben in Deutschland in den letzten Jahren verändert hat und über den aktuellen „Krisenmodus“ hinaus verändern wird. Es macht deutlich, dass gerade in der Krisenzeit und für die Zeit danach Familienpolitik eine wichtige Stellschraube für unsere Gesellschaft ist. Zusammenhalt und Resilienz können gestärkt werden, wenn die familienpolitisch gestaltbaren Rahmenbedingungen aktuellen Erfahrungen, Anforderungen und Wünschen entsprechend weiterentwickelt werden.

In folgendem Kapitel 2 werden zentrale Trends beschrieben, die das Familienleben charakterisieren – generell und im „Krisenmodus“. Betrachtet werden die Themen Familienalltag, partnerschaftliche Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie wirtschaftliche Stabilität. Sie sind für die Lebensqualität von Familien heute und auch in Zukunft entscheidend und können von der Familienpolitik maßgeblich mitgestaltet werden. Kapitel 3 baut auf den Trends auf und erläutert die prioritären Handlungsfelder für eine nachhaltig wirksame Familienpolitik, die über die Krisenbewältigung hinaus einen wichtigen Beitrag für mehr Chancen und Sicherheit für Familien leisten kann.

2

Familienleben heute

Basis einer wirkungs- und zukunftsorientierten Familienpolitik ist die profunde Kenntnis der Chancen und Herausforderungen, die Familien heute bewegen. Um belastbare Aussagen über die Zukunft machen und gute politische Entscheidungen treffen zu können, empfiehlt sich daher ein Blick auf das, was ist. Was prägt heute den Familienalltag, das Arbeitsleben der Eltern und ihre wirtschaftliche Situation? Welche Ressourcen stehen Familien zur Verfügung, um ihre Lebensentwürfe und -wünsche zu realisieren, und wo benötigen sie gegebenenfalls Unterstützung? Diese Fragen werden in den folgenden drei Abschnitten beantwortet und mit ausgewählten aktuellen Daten illustriert. So entsteht ein umfassendes Bild vom heutigen Familienleben und den Veränderungen, denen es unterworfen ist.

2.1 Familienalltag

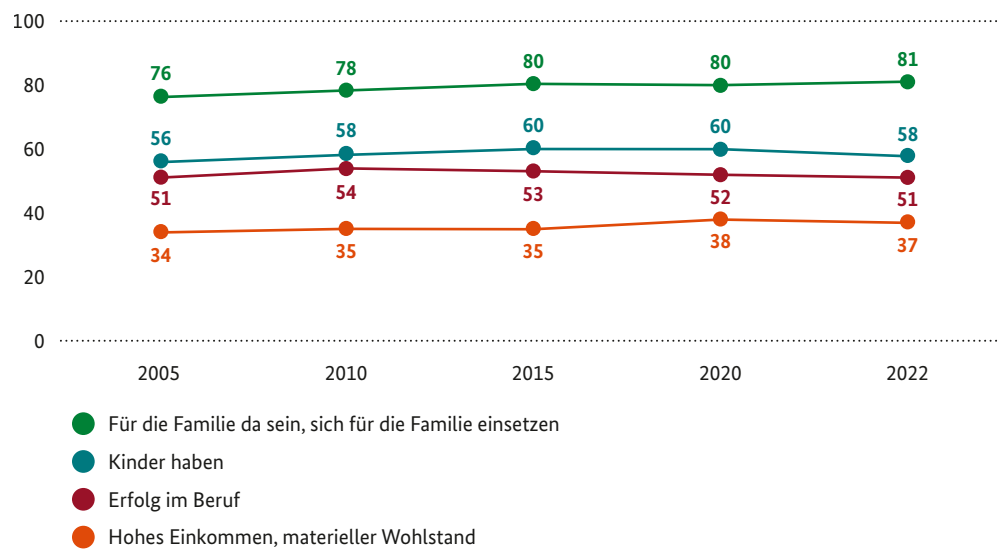
Die Familie, in der füreinander eingetreten und Fürsorge geleistet wird, ist eine **zentrale Größe des Miteinanders**. Die übernommene Verantwortung kommt dabei sowohl den Familienmitgliedern als auch der Gesellschaft als Ganzes zugute (BMFSFJ 2021). Unverändert wird der **Familie seit Jahrzehnten eine sehr hohe Bedeutung** beigemessen, insbesondere im Vergleich zu beruflichen Erfolgen und materiellem Wohlstand (Abbildung 1). Familien blicken ambivalent in die Zukunft. Vor dem Hintergrund sich zuspitzender Krisen sind die **Sorgen groß**, gleichwohl sind die allgemeine **Lebenszufriedenheit**

Familien leben einen guten Zusammenhalt und sind überwiegend optimistisch, trotz der wahrgenommenen Krisenfolgen.

2 Familienleben heute

wie auch der **Zukunftsoptimismus** von Eltern auch im Krisenjahr 2022 höher als von Personen ohne Kinder im Haushalt (Sinus 2023). Der familiäre Zusammenhalt bewährte sich nicht zuletzt in den zurückliegenden coronabedingten Lockdowns, in denen Familien ohne institutionelle Schul- und Betreuungsangebote besonders stark auf sich selbst gestellt waren und alle Ressourcen mobilisieren mussten, um das familiäre Wohlergehen zu sichern (Prognos 2022a). Außerfamiliäre soziale Netzwerke, Nachbarschaften und Freundschaften, sonst eine wichtige Ressource im Familienleben, lagen weitgehend brach. In den an die Familienpolitik gerichteten **Wünschen und Erwartungen** wird eine solidarische Haltung mit Familien in besonders vulnerablen Lebenslagen deutlich – generell und im Lichte der aktuellen Krisen und ihren Auswirkungen. Auch bei der **Familienfreundlichkeit Deutschlands** sehen Eltern Potenzial für Verbesserungen, gerade in für sie sehr relevanten Lebensbereichen Wohnen, Arbeit, soziale Sicherung und finanzielle Unterstützung (Sinus 2023).

Abbildung 1: Lebenseinstellungen und Wertorientierungen – Familie von höchster Bedeutung Bevölkerung ab 14 Jahren insgesamt, Zustimmung in Prozent



Quelle: AWA IfD Allensbach 2005–2022. Eigene Darstellung.

© Prognos



Aktuelle Daten

- 2021 bezeichnen 86 Prozent der Bevölkerung den Zusammenhalt im engeren Familienkreis als eng oder sehr eng (IfD-Umfrage 12039, 2021). Fast 90 Prozent gehen davon aus, auf familiäre Hilfe bauen zu können, wenn eine Notlage entsteht, so zum Beispiel bei finanziellen Schwierigkeiten (IfD Allensbach 2020a).
- Die Coronapandemie hat Familien insbesondere in Zeiten der Kita- und Schulschließungen vor große Herausforderungen gestellt. Paare mit Kindern hatten in dieser Zeit ein deutlich gesunkenes Wohlbefinden. Alleinerziehende litten stark unter Einsamkeit (Entringer und Krieger 2020).
- Fast 80 Prozent der Eltern erwarten von der Familienpolitik, dass die Bildungschancen benachteiligter Kinder verbessert werden und dass Getrennt- oder Alleinerziehende und Familien mit mehreren Kindern bedarfsgerechte Unterstützung erhalten (70 Prozent). Dass beide Elternteile Kinderbetreuung und Beruf untereinander gleichmäßig aufteilen können, soll ebenfalls gefördert werden (65 Prozent). 60 Prozent der Eltern wünschen sich, dass Familien über ihre Ansprüche auf Leistungen besser informiert werden (IfD-Umfrage 12044, Oktober 2021). Und: Weniger als die Hälfte der Eltern geben an, die staatliche Unterstützung bei der Betreuung und Förderung von Kindern sei angemessen. Besonders unter Eltern mit einfachem sozioökonomischem Status ist die Zustimmung gering (IfD Allensbach 2022a).
- Vor dem Hintergrund sich zuspitzender Krisen sind die Sorgen von Familien groß. Über 90 Prozent sorgen sich angesichts der andauernden Preissteigerungen, über 80 Prozent bereitet der Krieg in der Ukraine Sorge. Den erneuten Andrang von Geflüchteten bewerteten im Januar 2023 58 Prozent als besorgniserregend (IfD Allensbach 12066, Januar 2023).

Der Familienbegriff fasst eine Vielfalt an Lebensrealitäten und Lebenslagen zusammen, Unterstützungsbedarfe unterscheiden sich.

Die sich hinter dem integrierenden Familienbegriff verbergenden **Lebensrealitäten und Familienformen** sind sehr heterogen. Die allermeisten Kinder wachsen mit beiden leiblichen Eltern auf. Viele leben in Patchworkfamilien oder werden von allein- und getrennterziehenden Eltern großgezogen. Außerdem werden immer häufiger gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften und Ehen geschlossen. Die Einwanderungsgeschichte Deutschlands ist in der Familiendemografie angekommen, in immer mehr Familien hat mindestens ein Elternteil einen Migrationshintergrund, Tendenz steigend. Es zeigt sich, dass sich besonders häufig Alleinerziehende und Mehrkindfamilien sowie Familien mit Flucht- und Migrationsgeschichte in vulnerablen Lebenslagen befinden, wenn sprachliche und (anerkannte) berufliche Qualifikationen fehlen.



Aktuelle Daten

- 2020 lebten in Deutschland 8,24 Millionen Familien mit minderjährigen Kindern. Das sind in etwa genauso viele wie im Jahr 2009 (Destatis 2022a).
- In knapp 40 Prozent der Familien hat mindestens einer der beiden Elternteile einen Migrationshintergrund, was eine deutliche Steigerung im Vergleich zu zehn Jahren zuvor darstellt (Destatis 2021).
- Der Anteil der Alleinerziehenden mit minderjährigen Kindern an den Familien liegt bei rund 18 Prozent. Alleinerziehend ist nicht als unveränderlicher Status zu verstehen, über 10 Prozent der Alleinerziehenden sind bereits im Verlauf der ersten drei Jahre nach Beginn der Alleinerziehendenphase wieder Teil eines Paarhaushalts (Letabier und Wall 2018; Hübgen 2020).
- Eine Zunahme unter den Lebensformen gibt es bei den gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften. Hier beträgt die Veränderung zwischen 2009 (63.000) und 2019 (90.000) fast 42 Prozent. Hinzu kommen 52.000 gleichgeschlechtliche Ehen, die 2019 geschlossen wurden (Destatis 2021). Stieffamilien sind statistisch bisher eher ungenau und uneinheitlich erfasst. Auf der Basis von Daten aus 2017/2018 wird geschätzt, dass 8 Prozent der Frauen und 9 Prozent der Männer mit minderjährigen Kindern im Haushalt in Stieffamilien oder auch Patchworkfamilien leben (BMFSFJ 2021).

Anforderungen und Erwartungen an Elternschaft werden als steigend wahrgenommen. Sowohl die Kosten für das Aufziehen von Kindern seien gestiegen als auch die Anforderungen des Bildungssystems an die Kinder selbst und an die Unterstützung durch die Eltern (Walper und Kreyenfeld 2022). Daher verbringen Mütter wie Väter tendenziell mehr Zeit mit ihren Kindern (BMFSFJ 2021) und berichten von einer **Intensivierung** des Betreuungsaufwands. Besonders Mütter verzichten auf vieles zu Gunsten der Familie. So macht etwa die Hälfte der Mütter für die Kinder Abstriche im Beruf. Gleichzeitig ist **vorschulische und schulbegleitende Kinderbetreuung** eine breit akzeptierte und genutzte familienergänzende Stütze und für immer mehr Eltern sogar eine Voraussetzung für die Erfüllung des Kinderwunsches. Nicht zuletzt, weil immer mehr junge Eltern nicht mehr in der unmittelbaren Nähe der Großeltern leben oder diese noch berufstätig sind und es daher schwerer fällt, sie bei der Betreuung ihrer Kinder einzubeziehen. Zwar nimmt die Betreuungsquote junger Kinder zu, sie hält aber noch nicht mit den von Eltern geäußerten Bedarfen Schritt. Die Teilhabe im Kitabereich unterscheidet sich darüber hinaus nach Familienhintergrund. Kinder aus sozioökonomisch schlechter gestellten Familien und von Eltern mit Migrationshintergrund besuchen seltener eine Kita als Kinder aus einkommens- und bildungsstärkeren Familien. Ein weiterer Kita-ausbau kann bildungsbezogene Nutzungsunterschiede verringern (Jessen et al. 2020).

Erwartungen an Elternschaft steigen, mit ihnen der Bedarf an guter Kinderbetreuung.



Nur **36 Prozent** der Eltern sagen, sie hätten genug Zeit für die Familie.



Aktuelle Daten

- Der überwiegenden Mehrheit der Eltern ist es wichtig, möglichst viel Zeit gemeinsam als Familie zu verbringen. Aber nur etwa ein Drittel der Eltern finden, dass sie genug Zeit für ihre Familie haben (IfD Allensbach 2022a).
- Knapp zwei Drittel der berufstätigen Mütter haben das Gefühl, dass die Zeit für sie selbst zu kurz kommt (ebd.).
- Die Betreuungsquote der unter Dreijährigen lag 2021 bei 34 Prozent im Vergleich zu 14 Prozent im Jahr 2006. Der von Eltern geäußerte Betreuungsbedarf für ihre unter dreijährigen Kinder ist in den letzten Jahren deutlich angestiegen. Lag der Bedarf 2012 noch bei insgesamt 39 Prozent (Anton et al. 2021), lag er 2021 bei 47 Prozent (BMFSFJ 2022).
- Der überwiegende Teil aller Grundschul Kinder wird bedarfsdeckend betreut. Nur 6 Prozent der Eltern von Grundschulkindern haben einen höheren Betreuungsbedarf, der aktuell nicht gedeckt ist (Hüsken et al. 2021).
- Im Vergleich zum Jahr 2005 sind 2020 deutlich weniger Menschen der Meinung, dass bei Familiengründung beide Partner ihre Berufsausbildung abgeschlossen haben müssen (65 versus 38 Prozent) und ihre finanzielle Situation gut sein muss (63 versus 48 Prozent). Dass verlässliche Kinderbetreuungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen, hat hingegen an Bedeutung gewonnen (27 versus 41 Prozent) (IfD Allensbach 2020a).

Die Pflege von Angehörigen betrifft perspektivisch immer mehr Personen.

Zur Betreuung der Kinder kommt die Versorgung der eigenen alternden Eltern und/oder anderer Angehöriger hinzu. Seit Jahren **steigt die Zahl der Pflegebedürftigen deutlich**. Häufig leben auch heute noch Eltern und erwachsene Kinder relativ nah beieinander und halten regelmäßig Kontakt (Hank und Steinbach 2020). Die meisten Menschen wünschen sich, in ihrem Zuhause alt zu werden. Die Wahrscheinlichkeit, irgendwann im Leben einmal pflegebedürftig zu werden, steigt. Damit ist das **Thema der Angehörigenpflege in fast allen Familien unausweichlich** und begleitet sie zudem häufig über einen **langen Zeitraum**. Neben physischen und psychischen Belastungen bringt die Angehörigenpflege auch Herausforderungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit sich.



Aktuelle Daten

- Auch in späteren Lebensphasen wird auf familiäre Unterstützung gesetzt. 2021 wurden 2,55 Millionen Menschen überwiegend von ihren Angehörigen gepflegt, eine weitere Million wurde ebenfalls zu Hause, aber zusammen mit oder vollständig durch ambulante Pflegedienste versorgt. Es wurden fünf von sechs Pflegebedürftige zu Hause versorgt, nur ein Sechstel wurde vollstationär in Heimen betreut (Destatis 2021).¹
- Die Wahrscheinlichkeit, jemals im Leben pflegebedürftig zu werden, steigt seit Jahren an. Ein Grund dafür ist, dass Menschen immer älter werden. 2021 waren 70 Prozent der Pflegebedürftigen 65 Jahre und älter, ein Drittel (33 Prozent) war mindestens 85 Jahre alt. Die Mehrheit der Pflegebedürftigen war weiblich (62 Prozent). Während bei den 70- bis 74-Jährigen rund 9 Prozent pflegebedürftig waren, wurde für die ab 90-Jährigen die höchste Pflegequote ermittelt. In diesem Alter waren 82 Prozent der Menschen pflegebedürftig (Destatis 2021).
- Modellierungen zeigen, dass Personen, die 2019 pflegebedürftig geworden sind, im Durchschnitt sechs Jahre lang pflegebedürftig sein werden (Rothgang und Müller, 2021).
- Die projizierte Zahl der Pflegebedürftigen wird regelmäßig nach oben korrigiert. Aktuell wird von etwa 6,2 Millionen Pflegebedürftigen im Jahr 2060 ausgegangen (BIB 2021).

.....
1 Die Zahlen der Pflegestatistik beziehen sich lediglich auf Personen, die Leistungen der Pflegeversicherung beziehen. Die tatsächliche Zahl der Personen mit Unterstützungs- und Pflegebedarf ist schwer schätzbar, liegt aber weit darüber (Tesch-Römer und Hagen 2018)

2.2 Partnerschaftliche Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Familiäre Leitbilder sind deutlich im Wandel.

In den vergangenen Jahrzehnten haben sich die **familiären Leitbilder** und die **Wünsche und Präferenzen** von Müttern und Vätern bezüglich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf deutlich gewandelt. Das spiegelt auch die gesellschaftliche Wahrnehmung von Elternschaft beziehungsweise zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf wider; der Begriff einer partnerschaftlichen Aufgabenteilung etabliert sich zunehmend. Unter partnerschaftlicher Aufgabenteilung wird von einer wachsenden Bevölkerungsmehrheit die näherungsweise gleichmäßige Aufteilung von Erwerbs- und Familienarbeit zwischen Vätern und Müttern verstanden und als positiv wahrgenommen (IfD Allensbach 2022b). Dadurch steigen die Anforderungen an Mütter und Väter bezüglich Erwerbstätigkeit und Beteiligung an Sorgearbeit wahrnehmbar. Das **Alleinverdiener-Modell** hat an **Überzeugungskraft verloren** (IfD Allensbach 2022a), immer mehr Eltern leben ein Zuverdienermodell, in dem auch der Stundenumfang der Mütter immer größer wird (Abbildung 2). Das zahlt sich im Lebensverlauf aus. Auch in späteren Lebensphasen, außerhalb der sogenannten Rushhour des Lebens, ist die partnerschaftliche Vereinbarkeit unter anderem für die finanzielle Absicherung schwieriger Lebensphasen oder im Alter von Bedeutung.

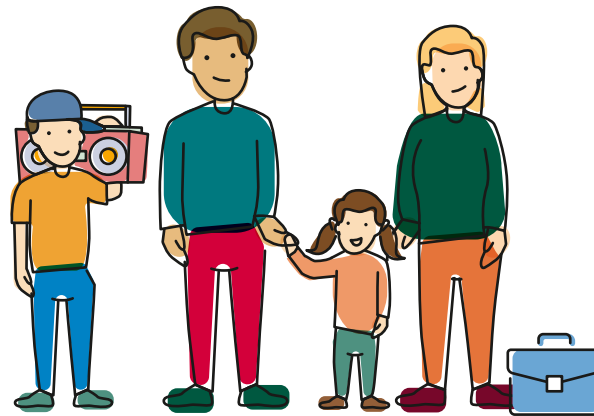
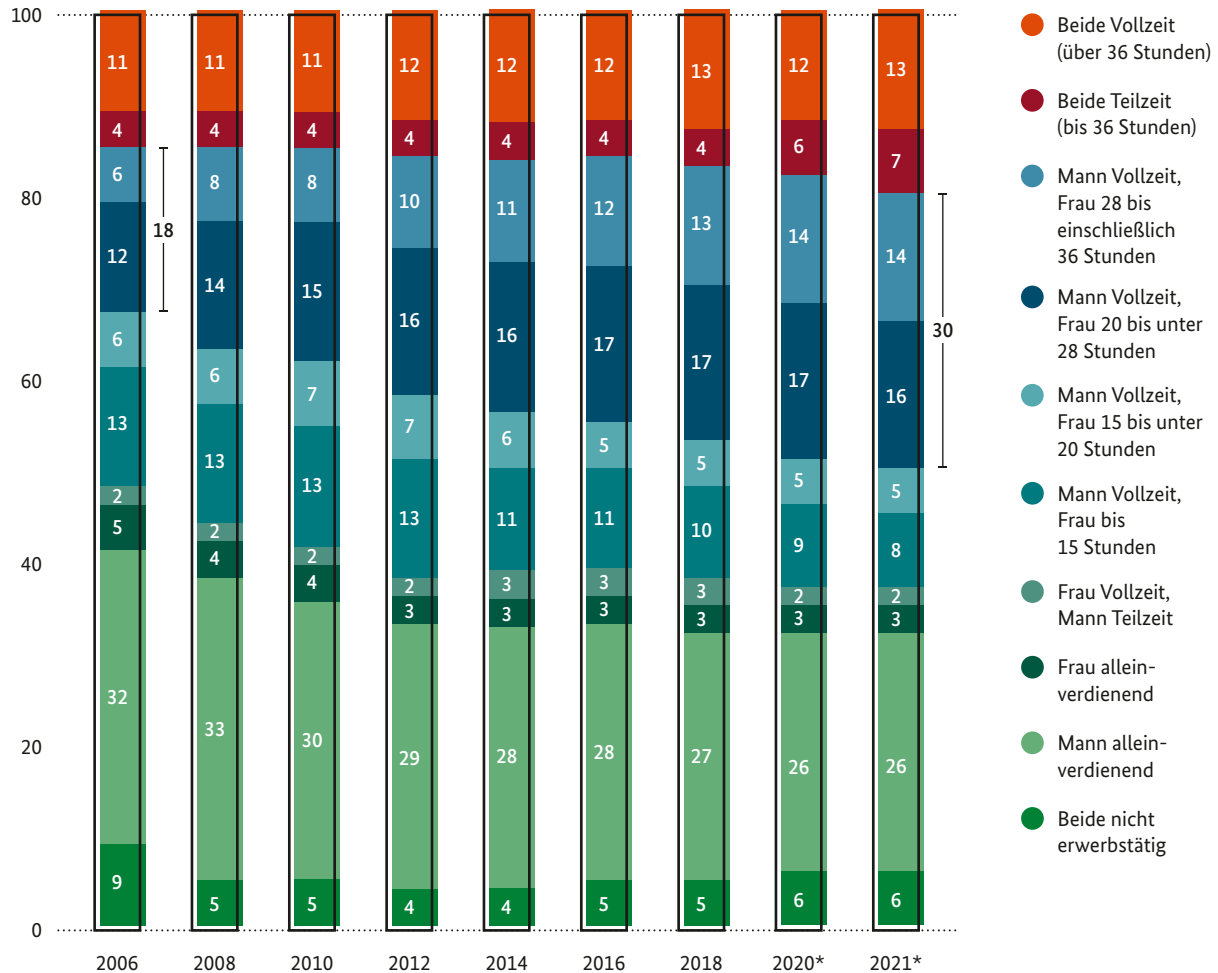


Abbildung 2: Entwicklung der Erwerbskonstellationen von Eltern mit minderjährigen Kindern in Prozent



* Die Ergebnisse des Mikrozensus ab dem Erhebungsjahr 2020 sind durch methodische Veränderungen nur eingeschränkt mit den früheren Erhebungsjahren vergleichbar. Das Erhebungsjahr 2020 ist zudem von Einschränkungen bei der Erhebung betroffen. In der Summe von 100 Prozent abweichende Werte sind rundungsbedingt zu erklären.

Quelle: Mikrozensus Sonderauswertung 2006–2021. Eigene Darstellung.

© Prognos



Aktuelle Daten

- Immer mehr Eltern halten es für wichtig, dass beide Partner gute berufliche Perspektiven haben und finanziell unabhängig sind; 2022 ist dies zwei Dritteln wichtig, 2014 war es nur etwas mehr als der Hälfte der Eltern wichtig (IfD Allensbach 2022a).
- 84 Prozent der Befragten geben an, von Vätern würde heute erwartet, dass sie so viel Zeit wie möglich mit ihren Kindern verbringen. Die größte Diskrepanz zwischen Vorstellungen eines guten Vaters in der aktuellen und der Vorgeneration findet man bei der Vorstellung, Väter sollten die beruflichen Pläne der Partnerin unterstützen (80 versus 15 Prozent) (IfD Allensbach 2019a).
- Dass Mütter den Hauptteil der Kinderbetreuung und Hausarbeit übernehmen sollen, denkt heute nur noch knapp ein Drittel der Befragten (IfD Allensbach 2019a).
- In dem Zuge verringern sich auch die Vorbehalte gegenüber der Berufstätigkeit von Müttern mit Kindern unter drei Jahren. Während 2011 noch die Hälfte der Befragten fand, sie sollen zu Hause bleiben, sagt dies 2020 nur noch ein Drittel (IfD Allensbach 2020b).
- Eltern mit einer partnerschaftlichen Aufgabenverteilung sind überdurchschnittlich zufrieden mit ihrem Familienleben und berichten außerdem häufiger von einer gelungenen Vereinbarkeit.

Müttererwerbstätigkeit steigt stetig – aber auf geringem Niveau, Vätererwerbstätigkeit bleibt unverändert hoch.

Es zeigt sich jedoch auch, dass die Umsetzung einer partnerschaftlichen Rollenaufteilung ebenso gewünscht wie anspruchsvoll ist und dass viele Räder ineinandergreifen müssen, damit dies gelingt und für die Eltern nicht in einer Überforderung mündet. Oftmals treten **Lücken zwischen Wunsch und Wirklichkeit auf**. So betrachten es 20 Prozent der Väter als ideal, in längerer Teilzeit erwerbstätig zu sein; realisiert wird dieses Arbeitspensum jedoch nur von 4 Prozent der Paarfamilien (IfD Allensbach 2022a). Die geäußerten Vorstellungen von partnerschaftlicher Vereinbarkeit schlagen sich auch in der über die vergangenen Jahre kontinuierlichen gestiegenen **Müttererwerbstätigkeit** nieder. Mütter sind heute deutlich schneller nach der Geburt eines Kindes wieder erwerbstätig, auch Teilzeitumfänge von 28 bis 36 Wochenstunden nehmen zu. Gleichzeitig übersteigen **Erwerbswünsche** von (insbesondere teilzeitbeschäftigten) Müttern noch immer häufig

ihre tatsächliche Erwerbsbeteiligung, vor allem wenn die Kinder älter sind (Mikrozensus Sonderauswertung, eigene Berechnung Prognos AG 2022). Insbesondere bei diesen Frauen besteht das Potenzial zur Ausweitung ihrer Erwerbstätigkeit durch geförderte partnerschaftliche Vereinbarkeit. Erwerbswünsche zu realisieren ist wichtig, weil im Trennungs- oder Todesfall und im Hinblick auf die Alterssicherung ein Erwerbseinkommen **in existenzsicherndem Umfang** essenziell ist. Insbesondere Mütter stehen aufgrund ihrer verringerten Erwerbszeiten in diesen Situationen unter besonderem Druck. Eine den Erwerbswünschen und der partnerschaftlichen Leitidee entsprechende Reduktion des **Erwerbsumfangs der Väter** ist bisher kaum zu beobachten.



Aktuelle Daten

- 2019 sind rund 67 Prozent der Mütter und 92 Prozent der Väter mit mindestens einem Kind unter 15 Jahren einer Erwerbstätigkeit nachgegangen. Je älter das (jüngste) Kind der Mütter ist, desto höher ist ihre Erwerbsquote. Bei Vätern ist dieser Zusammenhang nicht zu erkennen, ihre Erwerbsbeteiligung ist ungeachtet der Anzahl des Alters der Kinder kontinuierlich hoch (Destatis 2021).
- Unter den erwerbstätigen Müttern arbeiteten 2022 zwei Drittel in Teilzeit. Dieser Wert hat sich in den vergangenen Jahren kaum geändert. Im EU-Vergleich hat Deutschland damit eine der höchsten Teilzeitquoten unter Müttern (Destatis 2022b).
- Mütter halten Vätern deutlich häufiger den Rücken frei von Sorgearbeitsverpflichtungen, als es umgekehrt der Fall ist. Fast jede vierte Mutter gibt an, für die Kinder auf gute Berufsaussichten verzichtet zu haben, bei Vätern sind es nur 6 Prozent (IfD Allensbach 2022a).
- Der auf den gesetzlichen Anspruch auf einen Betreuungsplatz folgende Kitausbau bewirkte eine deutliche Steigerung der Erwerbsbeteiligung von Müttern (Müller und Wrohlich 2020).
- Mehr als jede zehnte erwerbstätige Mutter möchte ihre Erwerbstätigkeit gerne ausweiten. Dies ist insbesondere bei in kleiner Teilzeit arbeitenden Müttern der Fall und steigt mit dem Alter des jüngsten Kindes (IfD Allensbach 2022a).

- Etwa ein Fünftel der berufstätigen Mütter, meist Beschäftigte in längerer Teilzeit oder in Vollzeit, würde gern weniger arbeiten. Dahinter steht meist der Wunsch nach mehr Zeit für die Familie sowie zugleich Unzufriedenheit mit der Situation in der Familie, wo mehr Aufgaben an ihnen hängenbleiben als erwartet beziehungsweise mit dem Partner ausgemacht (IfD Allensbach 2022a).
- Rund 56 Prozent der Eltern befürworten eine staatliche Förderung eines partnerschaftlichen Arbeitszeitmodells, bei dem beide Elternteile vollzeitnah berufstätig wären (IfD Allensbach 2022a).
- Würden die etwa 2,5 Millionen Mütter, die unter 28 Stunden pro Woche erwerbstätig sind, ihren Erwerbsumfang um jeweils eine Stunde erhöhen, entspräche dies in etwa 71.000 Vollzeitäquivalenten – ein wichtiger Baustein in der Fachkräftesicherung (Prognos 2022b).

Wunsch und Wirklichkeit fallen bei der Realisierung partnerschaftlicher Vereinbarkeit noch auseinander.

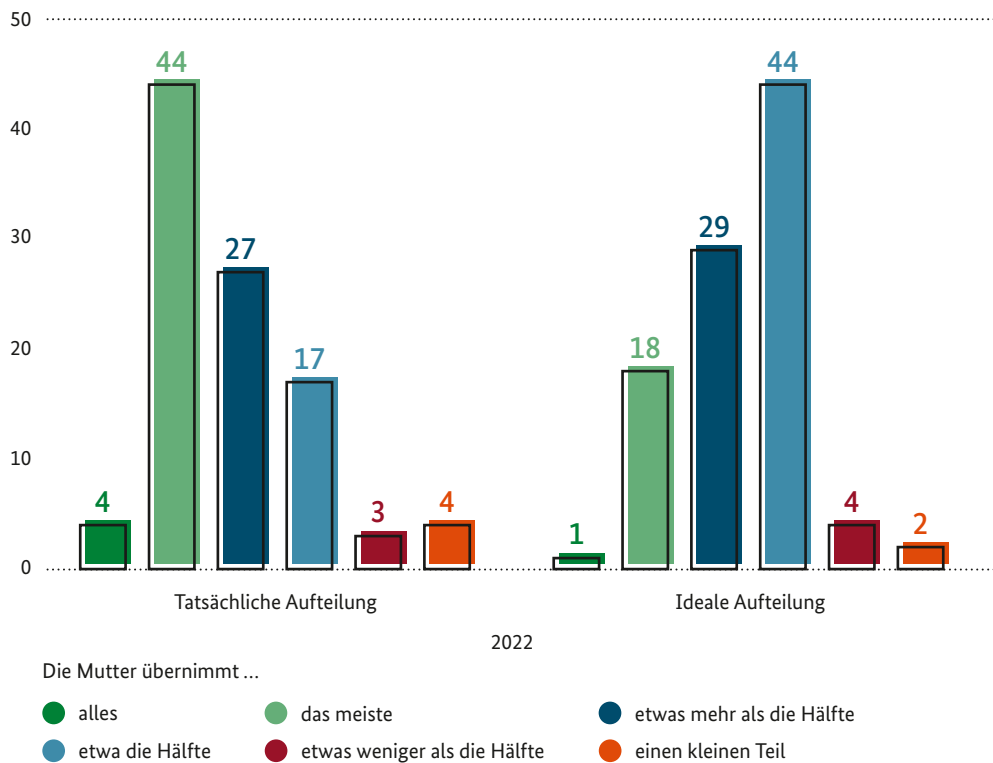
Im **Bereich der unbezahlten Sorgearbeit** von Kinderbetreuung, Pflege älterer Angehöriger und Hausarbeit bleibt die **Realität** hinter den geäußerten **Wünschen** und Vorstellungen von Eltern zurück. So äußert seit Jahren unverändert eine Mehrheit der Eltern, dass eine gleichere Verteilung von Kinderbetreuung und Hausarbeit wünschenswert sei. Ebenso unverändert bleibt jedoch die tatsächliche ungleiche Verteilung der Sorgearbeit zwischen Vätern und Müttern. Gefragt nach idealer und tatsächlicher Aufteilung von Betreuungsaufgaben geben Mütter mehrheitlich an (44 Prozent), dass sie es ideal fänden, wenn sie etwa die Hälfte der Kinderbetreuung übernehmen. Tatsächlich übernimmt die Mehrheit der Mütter (44 Prozent) die meisten Aufgaben der Kinderbetreuung (Abbildung 3). Im Ergebnis stehen **Mütter** zunehmend **unter doppeltem Druck**: Sie gehen vermehrt einer Erwerbstätigkeit nach, die Hauptlast bei der Kinderbetreuung und Haushaltsarbeit liegt aber weiterhin bei ihnen. Die Kluft zwischen realer und idealer Aufteilung der Familienarbeit hat sich in den vergangenen Jahren kaum verändert.

Oftmals erleben Elternpaare nach der Geburt eines Kindes – teils unbemerkt oder unfreiwillig – eine (Re-)Traditionalisierung und richten sich in einem ungleichen Sorgearbeitsarrangement ein, das **über den weiteren Lebensverlauf** hartnäckig bis in die Aufteilung der Pflege der eigenen Eltern und älterer Angehöriger **bestehen bleibt**.

Insbesondere für die Realisierung der Erwerbswünsche von Müttern und der damit verbundenen längerfristigen wirtschaftlichen Stabilität stellt dieses ungleiche Sorgearbeitsarrangement eine Hürde dar.

Abbildung 3: Abweichungen zwischen tatsächlicher und idealer Aufteilung von Betreuungsaufgaben von Eltern, 2022

Anteile der Mutter an der Kinderbetreuung, in Prozent



Quelle: IfD-Umfragen 7208 (2014), 9213 (2022). Eigene Darstellung.

© Prognos



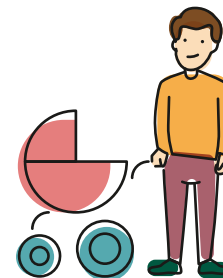
Aktuelle Daten

- Mehr als die Hälfte der Eltern sind der Meinung, kleine Kinder könnten von ihrem Vater genauso gut betreut werden wie von ihrer Mutter (Allensbach 2022a).
- Etwas mehr als die Hälfte der Eltern (53 Prozent) wünschen sich eine partnerschaftlichere Aufteilung der Kinderbetreuung als die aktuell realisierte (IfD Allensbach 2021a).
- Ungleiche Gehälter scheinen nur für eine Minderheit der Eltern der Hauptgrund ihrer Sorgearbeitsaufteilung zu sein. Auch bei einer anderen Verteilung der Gehälter hätten weniger als 20 Prozent der Eltern eine andere Aufteilung von Sorge- und Erwerbsarbeit gewählt (IfD Allensbach 2022a).

Für die Aufgabenteilung ist die frühe Familienphase prägend. Sie wird mit dem Elterngeld unterstützt.

Die Aufteilung der Aufgaben in Familie und Beruf unterliegt **einer ganzen Reihe von Einflussfaktoren**. Neben der Verfügbarkeit von Ganztagsbetreuung und Vereinbarkeitsbedingungen am Arbeitsplatz sind Grundeinstellungen zu Aufgabenteilung in Familie und Beruf bedeutsam. **Dabei gilt die Aufteilung der Elternzeit als prägende Weichenstellung für die partnerschaftliche Vereinbarkeit** und das mittelfristige Engagement von Vätern bei der Kinderbetreuung.

Nehmen Mütter und Väter Elternzeit, verstärkt dies positive Erfahrungen, die mit der Elternzeit einhergehen. Zwei Drittel der Familien, in denen beide Elternteile Elternzeit genommen haben, berichten, dass die „Väterzeit“ dazu beigetragen hat, die Mütter zu entlasten. In einem guten Drittel der Familien geben die Eltern an, durch die Elternzeit des Vaters zu einer gerechteren Aufteilung der Kinderbetreuung und der häuslichen Aufgaben gefunden zu haben (IfD Allensbach 2022a).



70 %

der Väter sagen, sie haben durch die Elternzeit wichtige Entwicklungsschritte ihres Kindes mitbekommen.



Aktuelle Daten

- Seit der Einführung des Elterngeldes steigt die Väterbeteiligung kontinuierlich an. Sie lag im Jahr 2019 bei 43,5 Prozent. Vor Einführung des Elterngeldes nahmen nur 3,5 Prozent der Väter Elternzeit (Familienreport 2021).
- Der Anteil der Väter, die mehr als die zwei Partnermonate nutzen, ist jedoch niedrig. Seit der Einführung des ElterngeldPlus hat er sich bei knapp einem Viertel der Elterngeld beziehenden Väter eingependelt.
- Der Hauptgrund von Vätern für den Verzicht auf Elternzeit sind die Einkommensverluste, die als zu hoch betrachtet werden und die den Lebensstandard gesenkt hätten (53 Prozent, der Väter, die keine Elternzeit genommen haben, geben dies an). Berufliche Nachteile befürchteten 38 Prozent. Nur 6 Prozent der Väter, die Elternzeit genommen haben, bestätigen die Befürchtungen von Karriereeinbußen letztlich (IfD Allensbach 2022a).
- Rund 70 Prozent der Väter, die Elternzeit genommen haben betonen, dass sie dadurch wichtige Entwicklungsschritte ihres Kindes miterlebt und dadurch eine engere Bindung zu ihrem Kind bekommen hätten (IfD Allensbach 2022a).

Sorgearbeitsverpflichtungen schränken die zeitliche Verfügbarkeit und Flexibilität ein und damit die Möglichkeit, sich im Beruf zu engagieren. Dies gilt gleichermaßen für die Versorgung von Kindern wie für die **Pflege und Unterstützung von Älteren**. Längst beschränkt sich die Frage der **Vereinbarkeit von Beruf und familiären Verpflichtungen** nicht mehr auf die Kinderbetreuung, sondern umfasst auch die Versorgung **pflegebedürftiger Eltern und anderer Angehöriger**. Da auch dieser Teil der Sorgearbeit vorwiegend von Frauen geleistet wird, trägt sie zu Geschlechterungleichheiten in der Arbeitsmarktpartizipation bei. Frauen unterbrechen, reduzieren oder beenden ihre Berufstätigkeit öfter als Männer, wenn Angehörige pflegebedürftig werden. Vielfach **fehlen geeignete Instrumente zur partnerschaftlichen Vereinbarkeit und Aufteilung von Pflegetätigkeiten**, oder sie werden noch wenig genutzt.

Die Pflege von Angehörigen wird von Frauen und Männern zu sehr unterschiedlichen Teilen getragen und kann die Erwerbstätigkeit von Frauen zusätzlich einschränken.



Aktuelle Daten

- Von den 5,3 Millionen Personen, die informelle Pflege leisteten, sind 3 Millionen erwerbstätig und etwa 60 Prozent Frauen (SOEP v37, Prognos, eigene Berechnungen). Auch während der Coronapandemie wendeten Frauen insgesamt mehr Zeit als Männer für die Pflege von Angehörigen auf. Insbesondere in der ersten Pandemie-welle stieg die Unterstützungsquote an und wurde überwiegend von nicht erwerbs-tätigen Frauen getragen. Innerhalb der erwerbstätigen Bevölkerung waren es überwiegend Frauen, die ihre Pfl egetätigkeit ausweiteten (Ehrlich et al. 2022).
- Im Vergleich zu nicht pflegenden Frauen haben pflegende Frauen eine höhere Wahrscheinlichkeit, ihre Erwerbstätigkeit aufzugeben oder in Teilzeit zu wechseln (Kelle 2020), oder nutzen Frühverrentungsmöglichkeiten, um Angehörige zu pflegen (Fischer und Müller 2020).
- Sowohl Männer als auch Frauen erfahren Lohneinbußen, wenn sie familiäre Pflege von Angehörigen geleistet haben (Ehrlich et al. 2020).
- Während der Coronapandemie wurde der Zugang zu gesetzlichen Maßnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Pflege und Beruf erleichtert, dennoch nahmen nur 2 Prozent der Betroffenen die Regelungen zur kurzzeitigen Arbeitsverhinderung oder der Pflegezeit in Anspruch (Ehrlich et al. 2022).

Familienbewusste Arbeitsbedingungen werden mit Blick auf den Fachkräftemangel für immer mehr Unternehmen zu einem zentralen Handlungsfeld der Personalpolitik.

Zu einer gelingenden Vereinbarkeit von Familie und Beruf gehört eine **familienbewusste Arbeitswelt**. Insgesamt gewinnt dieses Thema weiter an Bedeutung, auch aufgrund des steigenden Fachkräftebedarfs. Flexible Arbeitszeitgestaltung, lebensphasenorientierte Arbeitszeitmodelle und ortsunabhängiges Arbeiten mobil oder im Homeoffice sind zentrale Instrumente der betrieblichen Vereinbarkeitspolitik. Die Chancen der Digitalisierung haben sich insbesondere während der coronabedingten Schließzeiten von Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen gezeigt. Hinzu kommt, dass immer mehr Unternehmen bei vereinbarkeitsfördernden Maßnahmen Mütter und Väter als Zielgruppe einbeziehen. Und so, wie eine gute Vereinbarkeit von Beruf und Kindererziehung, Hausarbeit oder Pflege von Angehörigen zunehmenden Einfluss auf die Wahl des Arbeitgebers hat, spielt sie für die Unternehmen im Sinne der Arbeitgeberattraktivität eine

herausragende Rolle bei der Gewinnung und Bindung von Fachkräften. Betriebliche Vereinbarkeitspolitik ist ein zentraler Innovationstreiber für die Arbeitsbedingungen im demografischen Wandel.



Aktuelle Daten

- 96 Prozent der Beschäftigten mit Kindern unter 15 Jahren sind familienbewusste Maßnahmen im Unternehmen (eher) wichtig. Rund 91 Prozent der Personalverantwortlichen oder Geschäftsleitungen sehen dies genau so und sagen, familienbewusste Maßnahmen seien wichtig für Beschäftigte mit Kindern. Dass diese Maßnahmen auch für ihr Unternehmen selbst wichtig seien, geben rund 83 Prozent an (BMFSFJ 2019).
- Die positiven Entwicklungen in der familienbewussten Personalpolitik haben sich in den vergangenen Jahren verstetigt und sind unter den Bedingungen der Coronapandemie noch beschleunigt und intensiviert worden (Prognos 2022d).
- Über die Hälfte der Bevölkerung ist zudem davon überzeugt, dass auch die deutsche Wirtschaft davon profitieren würde, wenn die Familienpolitik es unterstützen würde, dass beide Elternteile berufstätig sein können (IfD Allensbach 2022b).

Die skizzierten Einstellungen und Lebensweisen von Familien gerieten während der **Coronapandemie** gehörig unter Druck. Zunächst zeigten sich Familien während der verhängten Lockdowns erstaunlich resilient. Sie bewältigten die verschärfte Herausforderung, Berufstätigkeit mit Haushaltsführung, Kinderbetreuung sowie Homeschooling zu vereinbaren, gut. Mit andauernder Krise nahm der dabei empfundene Stress jedoch deutlich zu. Ein Teil der Eltern löste den erhöhten Betreuungsbedarf durch Arbeit im Homeoffice, andere konnten ihre Arbeitszeiten flexibler gestalten, wieder andere Eltern teilten sich die Betreuung stundenweise auf, oder die Kinder waren auch ohne Betreuung zu Hause. Die Betreuung der Kinder musste vielfach behelfsmäßig über Kranken- oder Urlaubstage oder eine generelle Arbeitszeitreduktion organisiert werden. Die Notbetreuung hat zwischen erstem und zweitem Lockdown besonders an Bedeutung gewonnen und bekräftigt damit die hohe Bedeutung von öffentlichen Kinderbetreuungs-

Die Coronapandemie war eine besondere Belastungsphase für die Familien.

einrichtungen (IfD Allensbach 2021a). Auch für die Wirtschaft ist eine verlässliche Kinderbetreuung ein zentraler Faktor. 82 Prozent der Unternehmen sehen in ihr einen relevanten Produktivitätsfaktor (Prognos 2021).

Führt man zentrale Studienergebnisse zusammen, so trug es zu einer eher guten Bewältigung in der Coronazeit bei, wenn erstens Väter anfallende Betreuungsaufgaben übernommen haben und Eltern die familiäre Betreuung gemeinsam schulterten, zweitens Arbeitgeber im Dialog mit ihren Beschäftigten standen und bei der Suche und Entwicklung von Vereinbarkeitslösungen unterstützend waren und drittens Mütter und Väter ihre Arbeitszeiten flexibilisieren konnten, um Beruf und Familie partnerschaftlich zu vereinbaren. Haushalte mit zwei Einkommen aus Erwerbsarbeit standen und stehen in den Krisen finanziell sicherer da als Alleinverdienerhaushalte, da Risiken von etwaigen Verdienstaufschlägen verteilt werden konnten.



Aktuelle Daten

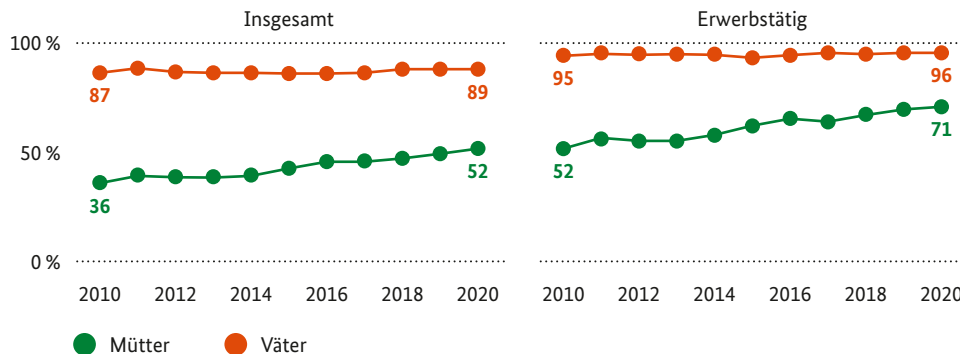
- Die wegfallenden Kinderbetreuungsmöglichkeiten stellten die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in der Pandemie auf eine besondere Belastungsprobe. Es gibt einerseits Hinweise darauf, dass der Anteil der Frauen, die die Kinderbetreuungsarbeit im Lockdown überwiegend allein geschultert haben, gewachsen sei (Jessen et al. 2020).
- Andererseits zeigten Studien, dass Väter sowohl absolut als auch relativ gesehen ihre Familien- und Hausarbeit stärker als Mütter ausweiteten (Bujard et al. 2020). Dabei sind sie allerdings von einem deutlich niedrigeren Niveau als das der Mütter gestartet. Paare, die vor der Pandemie die Arbeit zu etwa gleichen Teilen aufteilten, taten dies überwiegend auch während der Pandemie (Hank und Steinbach 2021).
- Verschiedene Studien kommen zu dem Schluss, dass es sich lediglich um kurzfristige Anpassungen gehandelt habe, sich die Aufteilung von Kinder- und Hausarbeit nun wieder auf Vorkrisenniveau befinde (IfD Allensbach 2021a) und daher keinerlei mittel- und langfristige Auswirkungen auf die Sorgearbeitsarrangements von Eltern zu erwarten seien.

2.3 Wirtschaftliche Sicherheit von Familien

Auskömmliche **wirtschaftliche Verhältnisse** sind eine Voraussetzung dafür, dass Kinder mit guten Zukunftsaussichten aufwachsen können und dass das Leben als Familie als ein attraktiver Lebensentwurf wahrgenommen wird. Die Erwartung, dass der Sozialstaat materieller Ungleichheit entgegenwirkt und gute Startchancen für alle Kinder fördert, ist in der Bevölkerung insgesamt und speziell bei Eltern hoch. **Unterstützung soll zielgenau sein** und denjenigen helfen, die sie brauchen. Das gilt insbesondere in Krisenzeiten. Die überwiegend positive Bewertung der eigenen finanziellen Situation von Familien spiegelt die tatsächliche **Entwicklung der Einkommen wider**. Sie hat in den letzten Jahren mit der allgemeinen Einkommensentwicklung Schritt gehalten. Familien stehen in Deutschland finanziell also nicht systematisch schlechter da als kinderlose Haushalte, materielle Deprivation ist selten. Trotzdem nehmen Eltern einen steigenden ökonomischen Druck wahr, was dann zu einer kritischen **Bewertung ihrer wirtschaftlichen Lage** führen kann. Vor allem gelingt es Müttern in Paarfamilien, insbesondere aber Alleinerziehenden, häufig nicht, ein **existenzsicherndes Einkommen** zu erwirtschaften und damit ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit zu sichern (Abbildung 4).

Familieneinkommen insgesamt steigen, die individuellen Einkommen der Mütter sind jedoch seltener existenzsichernd als die der Väter.

Abbildung 4: Existenzsicherung von Müttern und Vätern mit Kindern unter 18 Jahren



Anteil der Mütter und Väter mit einem monatlichen Nettolohn oberhalb der Existenzsicherungsschwelle. Als Existenzsicherungsschwelle wurde der durchschnittliche SGB2-Regelbedarf Alleinstehender zuzüglich eines Erwerbstätigenfreibetrags von 100 Euro zugrunde gelegt. Quelle: SOEP v37, eigene Berechnungen. © Prognos

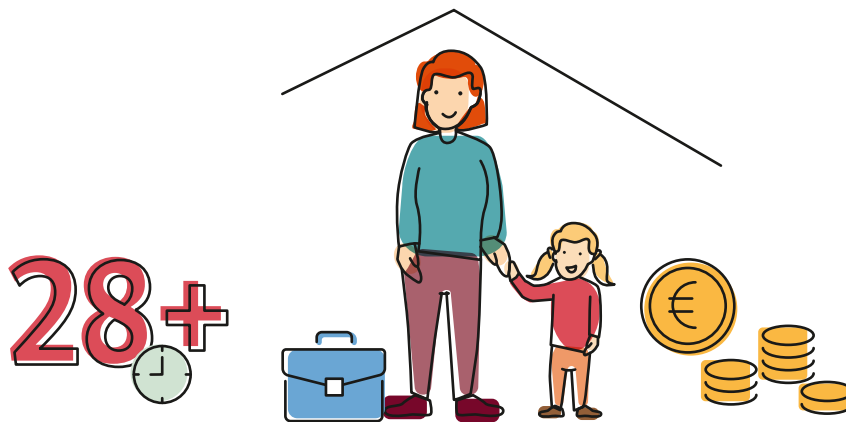


Aktuelle Daten

- Insgesamt bewerten Eltern ihre eigene wirtschaftliche Lage eher als gut (39 Prozent) oder sogar als sehr gut (4 Prozent). Fast die Hälfte (45 Prozent) bewerten ihre Situation als teils schlecht, teils gut, weitere 12 Prozent als (eher) schlecht (IfD Allensbach 2022c, Umfrage 12062, Oktober 2022).
- Die Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen sind in den vergangenen Jahren gestiegen – sowohl für Paarfamilien mit Kindern als auch für Alleinerziehende. Paare mit Kindern hatten im Jahr 2019 ein durchschnittliches Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen von 24.350 Euro, das von Alleinerziehenden lag mit 15.440 Euro klar darunter. Dieser deutliche Unterschied zeigt, wie finanziell instabil die Situation von vielen Alleinerziehenden ist (SOEP v37, Prognos, eigene Berechnungen).
- 2020 konnten 71 Prozent der erwerbstätigen Mütter, aber 96 Prozent der Väter ein für sie existenzsicherndes Einkommen erzielen. Unter Einbezug der nicht Erwerbstätigen liegt die Quote bei 52 beziehungsweise 89 Prozent (Abbildung 4). Mütter mit wöchentlichen Stundenumfängen von 28 und mehr gelingt die eigene Existenzsicherung häufiger, Müttern mit Stundenumfängen unter 20 deutlich seltener. Vor allem Mütter, die vollzeit(nah) arbeiten, einen hohen Bildungsabschluss haben und in Ostdeutschland leben, sind in der Lage, ein existenzsicherndes Einkommen zu erzielen. Frauen mit Migrationshintergrund sind seltener erwerbstätig, und es gelingt ihnen unter anderem deshalb weniger häufig ein existenzsicherndes Einkommen zu erzielen als jenen ohne Migrationshintergrund (BMFSFJ 2020).
- Etwa ein Viertel der Alleinerziehenden berichtet davon, sich zu schämen, weil sie ihren Kindern nicht so viel bieten können, wie andere Eltern (IfD Allensbach 2021b).
- Alleinerziehende (84 Prozent), pflegende Angehörige (80 Prozent) und Familien mit eher kleinen Einkommen (79 Prozent) finanziell stärker als bisher abzusichern ist im Interesse einer breiten gesellschaftlichen Mehrheit (IfD Allensbach 2019).

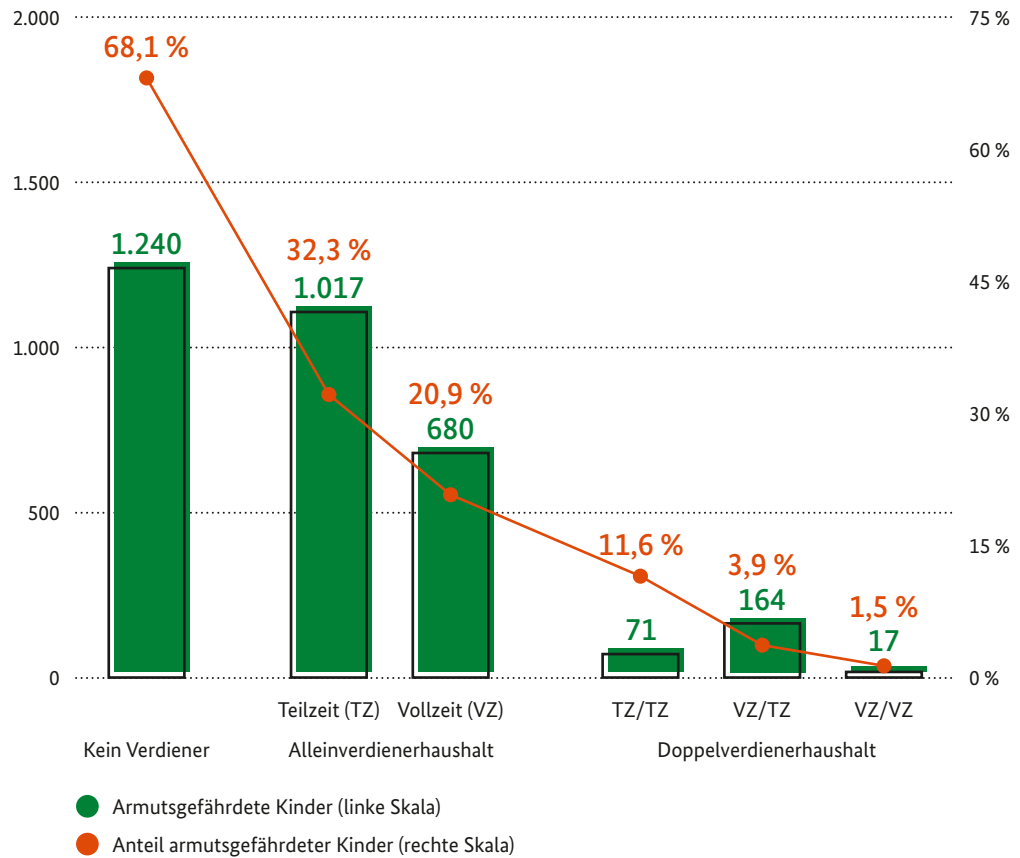
Von der insgesamt positiven Einkommensentwicklung profitieren nicht alle Familien. Bei kleinen Einkommen besteht die Gefahr, dass die Familie mit einem **Armutsrisiko** lebt, mit auf längere Frist entstehenden Einschränkungen für das familiäre und kindliche Wohlergehen. Die möglichst umfangreiche Erwerbstätigkeit beider Elternteile ist der beste Schutz vor Armutsrisiken (Abbildung 5). Das verdeutlicht die Herausforderung **alleinerziehender Mütter**, die häufig zu den Familien mit kleinen Einkommen beziehungsweise einem hohen Armutsrisiko gehören. Aber auch Familien mit **drei und mehr Kindern** (Mehrkindfamilien) oder mit **Migrationshintergrund** haben häufiger ein Armutsrisiko. Erhebliche materielle Deprivation ist hingegen in den vergangenen Jahren zurückgegangen und bleibt niedrig (BMAS 2021). Fehlt ein eigenes Erwerbseinkommen, um den Bedarf der Eltern beziehungsweise den der Kinder zu decken, besteht ein **Anspruch auf Transferleistungen (Grundsicherung)** nach dem Sozialgesetzbuch II (SGB II). Bei qualifikations- und/oder pensumsbedingt geringen Einkommensmöglichkeiten, die nur den elterlichen Bedarf, aber nicht den der Kinder abdecken, hilft der **Kinderzuschlag** den Eltern, unabhängig von SGB-II-Leistungen zu leben und so weit wie möglich finanziell auf eigenen Beinen zu stehen. Der Kinderzuschlag hat sich während der Coronapandemie besonders bewährt.

Armutsrisiken hängen stark von der Erwerbsbeteiligung und der Familienstruktur ab.



Müttern mit wöchentlichen Stundenumfängen von **28 und mehr** gelingt es häufiger, die eigene Existenz abzusichern.

Abbildung 5: Armutsrisikoquoten nach Erwerbsbeteiligung



Quelle: SOEP v37 (Erhebungsjahr 2020, Einkommen aus dem Jahr 2019). Eigene Berechnung und Darstellung Prognos AG.



Aktuelle Daten

- Die Armutsrisikoquote von Paarfamilien beläuft sich auf 13,5 Prozent (2021). Sie ist damit deutlich niedriger als die Armutsrisikoquote von Mehrkindfamilien (23,6 Prozent) und von Alleinerziehenden (26,6 Prozent). Im Zeitverlauf der letzten Jahre ist die Armutsrisikoquote von Alleinerziehenden rückläufig; bei Paarfamilien und Mehrkindfamilien hat sie dagegen zugenommen (Eurostat 2022).
- Personen mit Migrationshintergrund haben ein höheres Armutsrisiko als Personen ohne (28 Prozent gegenüber 12 Prozent), noch deutlicher zeigt sich dies bei Personen mit und ohne deutsche Staatsangehörigkeit (36 gegenüber 13 Prozent) (Mikrozensus 2020, eigene Berechnungen, Prognos). Hier ist es jedoch vor allem der Bildungsabschluss der Eltern, auf den es ankommt (Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2019).
- Die SGB-II-Hilfequote von Alleinerziehenden-Bedarfsgemeinschaften lag 2021 bei 34,6 Prozent, bei Mehrkindfamilien bei 17,7 Prozent. In Paarhaushalten mit Kindern betrug die Quote 6,6 Prozent. Während die Quoten bei den Mehrkindfamilien und bei den Paarfamilien im Zeitverlauf weitgehend stabil sind, ist sie bei Alleinerziehenden von 2010 bis 2021 um gut sechs Prozentpunkte gesunken (Statistik der Bundesagentur für Arbeit 2022).
- Die SGB-II-Hilfequote leistungsberechtigter Kinder unter 18 Jahren war in den vergangenen Jahren rückläufig. Im Dezember 2021 lag sie bei 11,8 Prozent, im Dezember 2016 noch bei 13,9 Prozent. In Ostdeutschland ist der Rückgang stärker als in Westdeutschland. Im Vorjahresvergleich zeigt sich, dass es bei Kindern in Paarhaushalten einen größeren Rückgang gibt als bei Kindern in Alleinerziehendenhaushalten (Statistisches Bundesamt 2022c).
- Nach der Vereinfachung des Zugangs zum Kinderzuschlag (Inkrafttreten zweiter Schritt Starke-Familien-Gesetz und vorübergehende Umgestaltung zum „Notfall-Kinderzuschlag“) stieg die Nutzung deutlich. Im Dezember 2019 bezogen noch knapp 300.000 Kinder, im Dezember 2022 800.000 Kinder den KIZ (Statistik der Familienkasse Direktion).

Familien sind durch Inflation stark belastet.

Insbesondere Familienhaushalte sind gegenwärtig zum Sparen gezwungen, da die inflationsbedingte monatliche Mehrbelastung Haushalte mit Kindern und niedrigen Einkommen am stärksten betrifft. Grund hierfür ist unter anderem, dass die am stärksten von der Inflation betroffenen Güter, Lebensmittel und Haushaltsenergie, in Haushalten mit niedrigen Einkommen einen größeren Anteil an den Ausgaben ausmachen als in wohlhabenderen (Dullien und Tober 2022). In niedrigen Einkommensbereichen entsteht dadurch eine enorme wirtschaftliche Unsicherheit.



Aktuelle Daten

- 18 Prozent der Eltern mit Kindern unter 15 Jahren berichteten zu Beginn der Pandemie von einer deutlichen Verringerung des Haushaltseinkommens. Knapp ein Jahr später hatte sich die Situation für einen Teil der Eltern verbessert, jedoch berichteten immer noch 8 Prozent der Eltern, dass sie auf Unterstützung angewiesen seien. Dies äußerten insbesondere Alleinerziehende häufig (20 Prozent) (IfD Allensbach 2021a).
- 70 Prozent der Eltern mit Kindern unter 18 Jahren gaben im Dezember 2022 an, dass sie die Inflation (sehr) stark persönlich belaste. 47 Prozent fühlten sich zu diesem Zeitpunkt von der Inflation in ihrem Alltag (sehr) stark eingeschränkt (nach 65 Prozent im September, IfD-Umfragen 12059 und 12065).
- Setzt man die absolute Mehrbelastung ins Verhältnis zur Höhe der durchschnittlichen Haushaltseinkommen, zeigt sich, dass die Mehrbelastung umso stärker ist, je geringer das Haushaltseinkommen ist. Geringverdienende Alleinerziehende müssen beispielsweise über 7 Prozent ihres Haushaltseinkommens für die inflationsbedingten Preissteigerungen aufbringen. Im Vergleich macht bei Paaren mit Kind, die sich im oberen Einkommensquartil befinden, die Mehrbelastung 4,5 Prozent ihres Einkommens aus (Prognos 2022c).

2.4 Zusammenfassende Standortbestimmung der Familienpolitik

Die wirksame Unterstützung in Krisenzeiten einerseits und die Ermöglichung von zentralen Lebenswünschen andererseits – das sind die beiden Perspektiven, die eine **zukunftsste Familienpolitik** gewährleisten muss. Die zentrale familienpolitische Ausrichtung liegt daher klar erkennbar bei den Leitlinien Chancen, Sicherheit und Gerechtigkeit. Ihr Fokus richtet sich darauf, dass Eltern ihr Familienleben den eigenen Wünschen entsprechend leben können, mit guten Rahmenbedingungen für die **partnerschaftliche Vereinbarkeit** von Familie und Beruf. Denn Erwerbs- und Sorgearbeit partnerschaftlich zu verteilen, entspricht immer häufiger dem **Leitbild der Familien** und sichert sie wirtschaftlich ab. Partnerschaftlichkeit hilft außerdem dabei, **Ungleichheiten in der Gesellschaft** abzubauen, sie leistet einen Beitrag zur Fachkräftesicherung und festigt damit die Basis für individuellen und gesellschaftlichen **Wohlstand**.

Das Schließen der **Lücke zwischen Lebenswünschen der Eltern und deren Realisierungschancen** ist der Handlungsauftrag für die Familienpolitik. Dies formulieren Eltern in Bezug auf das Vereinbarkeitsthema. Aber auch aus den Einkommens- und Transferstatistiken über Familien lässt sich ablesen – generell und besonders in den gegenwärtigen Krisenzeiten – dass in kritischen Lebensphasen eine wirksame Unterstützung benötigt wird. Die strikte **Wirkungsorientierung** ist die Grundlage für eine Weiterentwicklung familienpolitischer Leistungen, wenn es darum geht,

- Einkommenschancen und -risiken der Familienhaushalte partnerschaftlich auf Väter und Mütter zu verteilen,
- Eltern bei der Förderung der Kinder, bei der Pflege von Angehörigen sowie der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu unterstützen und
- schwierige Lebensphasen durch temporäre, einfache und effektive Transfers zu überbrücken, sodass wirtschaftliche Sicherheit das Fundament für ein gedeihliches Familienleben ist.

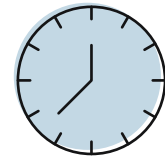
Hieraus ergeben sich die folgenden Handlungsfelder für die Weiterentwicklung einer krisenfesten und chancenorientierten Familienpolitik.

3

Handlungsfelder einer krisenfesten und chancenorientierten Familienpolitik

Familienpolitik muss sich in Krisen- und Transformationszeiten nicht neu erfinden. Aber sie muss sich an gesellschaftliche Veränderungen, den Wandel des Familienlebens und sich verändernde Unterstützungsbedarfe anpassen. Vor allem muss sie erkennen, welche Hilfen Familien in außergewöhnlichen Lebensphasen benötigen. Dabei ist der Bezug auf den **Dreiklang aus Zeit, Geld und Infrastruktur für Familien** grundlegend für eine nachhaltige Familienpolitik. Dieser Dreiklang fördert die wirtschaftliche Sicherheit von Familien, eröffnet Gestaltungsspielräume für das Familienleben und sichert das Wohlergehen der Kinder.

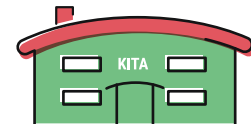
In Anlehnung an den Dreiklang skizziert das folgende Kapitel, auf welche **Handlungsfelder eine zukunftsgerichtete Familienpolitik** setzen sollte, um **Sicherheit** in krisenhaften Zeiten oder Familienphasen zu gewährleisten und **Chancen** zu nutzen, die in den beschriebenen Trends im Familienleben liegen.



Zeit



Geld



Infrastruktur

3.1 Handlungsfeld „Finanzielle Sicherheit für Familien erhöhen“

Familien verunsichert die gegenwärtige Situation sich überlappenden Krisen. Die **Sorge um finanzielle Sicherheit** belastet sie stark. Familien, die sich ohnehin in einer herausfordernden Konstellation oder Lebensphase befinden – sei es aufgrund von Trennung, niedrigem Erwerbseinkommen oder Arbeitslosigkeit –, sind besonders betroffen. Aufgabe des Sozialstaates ist es, in solchen Zeiten und biografischen Phasen Sicherheit zu schaffen. Dabei können **Justierungen, die sich in der Krise bewährt haben**, auch darüber hinaus die Wirksamkeit und Effizienz des Systems der ehe- und familienbezogenen Leistungen erhöhen. Es kommt darauf an, **Leistungen besser zugänglich** zu machen, um alle Zielgruppen zu erreichen und eine **Unterstützung in bedarfsgerechter Höhe** zu bieten.

Mit dieser Zielsetzung hat die Einführung einer **Kindergrundsicherung gegenwärtig die höchste Priorität** bei der Weiterentwicklung des familienpolitischen Instrumentariums. Sie **federt materielle Armutsrisiken bei Kindern** wirksamer ab, als es das derzeitige Kindergeld und der Kinderzuschlag, Leistungen aus SGB II/XII für Kinder sowie Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets gegenwärtig tun können. Sie **bündelt Leistungen**, erhöht mit einer **einfacheren Antragsstellung** die Zugänglichkeit und reduziert verdeckte Armut. Die maximale **Höhe soll bedarfsgerecht neu definiert werden**. Der einheitliche Garantiebetrug der Kindergrundsicherung bildet dabei den Grundstein für den umfassenden Familienlastenausgleich. Perspektivisch soll die Lücke zwischen der jetzigen Entlastung durch das Kindergeld und den Kinderfreibeträgen geschlossen und damit **mehr Verteilungsgerechtigkeit** erreicht werden. Damit stellt die Kindergrundsicherung im Zusammenwirken mit zeitbezogenen Leistungen und guter Betreuungsinfrastruktur ein verlässliches **Sicherheitsnetz** für alle Familien dar.

Ein zweiter Ansatz zur Verbesserung der finanziellen Sicherheit für Familien bezieht sich auf die **Unterstützung alleinerziehender Eltern**. Sie stehen in zeitlicher und finanzieller Hinsicht, wie im vorherigen Kapitel gezeigt, häufig unter besonderem Druck. Notwendig ist es, vor allem **Alleinerziehende mit kleinen und mittleren Einkommen** in Zukunft

Die Einführung einer Kindergrundsicherung hat die höchste Priorität.

Alleinerziehende mit kleinen Einkommen wirksamer unterstützen.

wirkungsvoller zu entlasten, als es bisher der Fall ist. Hierfür erweist sich der Entlastungsbetrag für Alleinerziehende als nicht zielgruppenspezifisch genug. Seine Wirkung setzt ab einem monatlichen Bruttolohn von rund 1.300 Euro ein und nimmt mit steigendem Einkommen zu. Das Unterstützungssystem alleinerziehender Eltern wird **gerechter und wirkungsvoller, wenn der Entlastungsbetrag in eine Steuergutschrift umgewandelt wird**. Sie verschafft allen Alleinerziehenden eine wirksame Entlastung, unabhängig von ihrer Einkommenshöhe. Damit werden vor allem jene mit kleinen Einkommen effektiver unterstützt.

3.2 Handlungsfeld „Kinderbetreuung bedarfsgerecht weiterentwickeln“

Neben der finanziellen Stabilität braucht es eine **verlässliche Betreuungsinfrastruktur**, damit Familien mit Vertrauen in staatliche Unterstützung ihre Zukunft planen können. Hier sind Bund, Länder und Kommunen, aber auch Unternehmen gefordert, gute **Rahmenbedingungen** zu schaffen und den weiteren **Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen konsequent voranzutreiben**.

Betreuungsqualität garantieren, Bildung und Teilhabe ermöglichen.

Die **Qualitätsentwicklung beim Betreuungsausbau** fördert die frühkindliche Bildung und erleichtert einen guten Start in die Schulzeit. Davon profitieren alle Kinder, insbesondere aber jene aus bildungsbenachteiligten Familien, aus Familien in ökonomisch belasteten Lebenssituationen oder mit Migrationshintergrund. Benötigt werden **bundesweite Standards** für die Verbesserung des Betreuungsschlüssels, sprachliche Bildung und das bedarfsgerechte Ganztagsangebot, das für eine gute Vereinbarkeit von Beruf und Familie unerlässlich ist. Unerlässlich sind auch die **Fachkräfte**, die für gute Betreuungsschlüssel erforderlich sind und die Standards umsetzen. Deshalb ist es wichtig, dass sich Bund, Länder und Kommunen zügig über eine **Gesamtstrategie** verständigen, um den **Fachkräftebedarf für Erziehungsberufe** zu sichern. Attraktive Ausbildungsbedingungen und -vergütungen für angehende Erzieherinnen und Erzieher sowie die Entwicklung von Fachkarrieren tragen zu einem attraktiven Berufsbild bei und sichern Betreuungsqualität

und frühkindliche Förderung. Aber auch weitere Handlungsfelder wie zum Beispiel die **Kindertagespflege, Potenziale ausländischer Fachkräfte** und die **Verbesserung der Rahmen- und Arbeitsbedingungen** sollten einbezogen werden.

Neben der bedarfsgerechten **Weiterentwicklung der frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung** ist der weitere Ausbau von guten und verlässlichen **Ganztagsangeboten im Grundschulbereich** der nächste große Qualitätssprung in der Familienpolitik. Dafür steht ganz wesentlich der ab 2026 schrittweise einzuführende **Rechtsanspruch**. Mit der **Weiterentwicklung der Betreuungsangebote** wird der stetig steigende Bedarf von Eltern und ihren Kindern aufgefangen. Zeitlich flexible Betreuungszeiten sowie Betreuung in Rand- und Ferienzeiten erhöhen ihre Zeitautonomie und erleichtern **partnerschaftliche Lebensentwürfe**.

Betreuungsbedarfe
auch im Ganztags-
decken.

3.3 Handlungsfeld „Zeitautonomie in herausfordernden Familienphasen erhöhen“

Viele Eltern wünschen sich eine **partnerschaftliche Aufteilung** von Kinderbetreuung, Haushalt und Erwerbstätigkeit, aber nur ein erheblich kleinerer Teil lebt dies tatsächlich wunschgemäß. Das Elterngeld hat sich als zeitpolitisches Instrument etabliert. Dem partnerschaftlichen Leitgedanken folgend richtet es sich gleichermaßen an Mütter und Väter, fördert eine aktivere Vaterschaft und schafft in der familiären Startphase zeitliche Spielräume.

Die erste Zeit nach der Geburt eines Kindes ist ganz **zentral, um eine enge Bindung zwischen Eltern und Kind aufzubauen** und damit auch **wichtige Weichen** für die spätere **partnerschaftliche Aufteilung von Sorgearbeit** zu stellen. Mit Einführung einer **Partnerfreistellung** in den zwei Wochen nach der Geburt können sich alle Partner und Partnerinnen voll und ganz ihrer Familie widmen. Beim Elterngeld können zunächst die **Bekanntheit und Zugänglichkeit vom ElterngeldPlus erhöht** werden. Damit wird besonders das Ziel verfolgt, dass Väter ihre Ansprüche besser kennen und sich mehr Zeit

Partnerschaftlich-
keit von Beginn an.

3 Handlungsfelder einer krisenfesten und chancenorientierten Familienpolitik

Vereinbarkeit von Beruf und Pflege verbessern.

für ihre Kinder nehmen, indem sie Elterngeld beziehen. Komplementär lassen sich noch **stärkere Anreize für eine partnerschaftliche Aufgabenteilung** setzen, wie es zum Beispiel die Sachverständigenkommission zum 9. Familienbericht empfiehlt. Hierfür kommt die Ausweitung exklusiver Elterngeldmonate für Partnerinnen und Partner in Frage.

In einer späteren Familienphase liegt der Fokus dann auf der **Pflege von Angehörigen**. Diese kann besser in den Alltag integriert werden, wenn eine Arbeitszeitreduzierung einfacher ermöglicht und finanziell abgedeckt wird. Dies kann mit einer **Familienpflegezeit** als Lohnersatzleistung ähnlich dem Elterngeld erreicht werden. Daher ist eine grundlegende Reform erforderlich.

3.4 Wirkungen verstärken

Damit sich nachhaltige Familienpolitik weiterhin bewährt – in Krisenzeiten und darüber hinaus –, zeigt das vorliegende Familienbarometer Trends und benennt Handlungsfelder für die Zukunft. Sie beziehen sich auf das bestehende **Tableau der Leistungen für Familien** und verstärken deren Wirkungen.

Eine **zielgenaue finanzielle Unterstützung** von Familien in Form einer Kindergrundsicherung schafft Sicherheit und Stabilität. Vor allem werden Familien in wirtschaftlich prekären Lagen gestärkt, Kinderarmut wird reduziert.

Gute Kinderbetreuung ist für die meisten Familien eine zentrale Voraussetzung bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Start- und Teilhabechancen aller Kinder werden gesichert und verbessert.

Langfristig sorgt **partnerschaftliche Vereinbarkeit** von Familie und Beruf für wirtschaftliche Stabilität beider Eltern und ist damit auch eine Antwort auf den Fachkräftemangel. Wenn aktive Väter den Spielraum für Mütter vergrößern, eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen beziehungsweise auszubauen, werden Erwerbstätigkeit und -umfänge von Müttern weiter zunehmen.

Es wird deutlich, dass sich in der aktuellen Krisensituation die **Prioritäten und Möglichkeiten der Politik verändern**. Eine gute finanzielle Absicherung aller Kinder ist wichtiger denn je, und auch die Bedeutung einer qualitativ hochwertigen und verlässlichen Kinderbetreuung rückt noch mehr an die Spitze aktueller familienpolitischer Bedarfe. Insgesamt – darauf weist nicht nur die Sachverständigenkommission des 9. Familienberichts hin – wird es aber auch darauf ankommen, die **Familienorientierung in vielen Bereichen der Gesellschaft** zu stärken, um Entwicklungen im Familienleben wirkungsvoll und konstruktiv begleiten zu können. Mütter, Väter und Kinder müssen in ihrem Alltag in vielfältigen Familienstrukturen und heterogenen Lebensphasen und -lagen gleichermaßen Sicherheit und Chancen erfahren. Bund, Länder und Kommunen tragen die hohe Verantwortung für Fortschritte gemeinsam. Eine **partnerschaftliche Einbindung** von Wirtschaft, Zivilgesellschaft und der Bundesagentur für Arbeit steht für eine moderne, zukunftsgerichtete Politik.

Maßnahmen
kurzfristig
priorisieren –
Ziele langfristig
verfolgen.

Quellenverzeichnis

Anton et al. (2021): Der Betreuungsbedarf bei U3- und U6-Kindern. DJI-Kinderbetreuungsreport 2020.

Bauernschuster et al. (2015): Children of a (policy) revolution: The introduction of universal child care and its effects on fertility. *Journal of the European Economic Association*, 14 (4), 975–1005.

Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2019): Deutschland kann Integration: Potenziale fördern, Integration fordern, Zusammenhalt stärken. 12. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration.

BIB (2021): Demografie-Portal 2021. Anzahl der Pflegebedürftigen.

BMAS (2021): Lebenslagen in Deutschland. Der Sechste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung.

BMFSFJ (2019): Unternehmensmonitor Familienfreundlichkeit 2019.

BMFSFJ (2020): (Existenzsichernde) Erwerbstätigkeit von Müttern. Konzepte, Entwicklungen und Perspektiven.

BMFSFJ (2021): Neunter Familienbericht. Eltern sein in Deutschland.

BMFSFJ (2022): Kindertagesbetreuung Kompakt: Ausbaustand und Bedarf 2021.

Bujard et al. (2020): Eltern während der Corona-Krise: Zur Improvisation gezwungen. *BiB Bevölkerungsstudien*, 1/2020.

Bünning (2015): What Happens after the „Daddy Months“? Fathers' Involvement in Paid Work, Childcare, and Housework after Taking Parental Leave in Germany. *European Sociological Review*, 31 (6),738–748.

Destatis (2020): Pflegestatistik 2019. Pflege im Rahmen der Pflegeversicherung Deutschlandergebnisse.

Destatis (2021): Datenreport 2021. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland.

Destatis (2022a): Haushalte und Familien. Ergebnisse des Mikrozensus, Erstergebnisse 2021. Fachserie 1 Reihe 3.

Destatis (2022b): Pressemitteilung Nr. N 012 vom 7. März 2022.

DIW (2020): Pflege in Corona-Zeiten: Gefährdete pflegen besonders Gefährdete. *DIW Aktuell* Nr. 38. 28. April 2020.

Dullien und Tober (2022): IMK Inflationsmonitor. Einkommensschwache Alleinlebende am stärksten von den massiven Preisanstiegen bei Haushaltsenergie und Nahrungsmitteln betroffen. *IMK Policy Brief* Nr. 133. September 2022.

Ehrlich et al. (2020): Einkommensrisiko Pflege? Der Zusammenhang von familiärer Pflege und Lohn. *Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie*, 53, 22–28.

Ehrlich et al. (2022): Pflege und Erwerbsarbeit: Was ändert sich für Frauen und Männer in der Corona-Pandemie? *dza aktuell*. Heft 02/2022.

Entringer und Krieger (2020): Alleinlebende verkraften die Pandemie erstaunlich gut. DIW Cov-Spotlight.

Eurostat (2022): Quote der von Armut bedrohten Personen nach Armutsgefährdungsgrenze und Haushaltstyps – EU-SILC und ECHP Erhebungen [ilc_li03].

Fischer und Müller (2020): Bessere Vereinbarkeit von Beruf und Pflege kann Zielkonflikt zwischen Renten- und Pflegepolitik lösen. DIW Wochenbericht 46/2020.

Grabka (2022): Löhne, Renten und Haushaltseinkommen sind in den vergangenen 25 Jahren real gestiegen. DIW Wochenbericht 23/2022.

Hank und Steinbach (2020): APuZ. Familiäre Generationenbeziehungen.

Hank und Steinbach (2021): The virus changed everything, didn't it? Couples' division of housework and childcare before and during the Corona crisis. *Journal of Family Research*, 2021, 33, Nr. 1, 99–114.

Hübgen (2020): Dynamiken des Alleinerziehens – Lebenslagen, Erwerbsverläufe und Transferbezug. Kurzexpertise im Rahmen des Monitors für Familienforschung. Endbericht, Berlin (unveröffentlicht).

Hüsken et al. (2021): Der Betreuungsbedarf im Grundschulalter vor dem Hintergrund des geplanten Rechtsanspruchs. DJI-Kinderbetreuungsreport 2021.

IfD Allensbach (2019): Veränderungen der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für die Familienpolitik. Befragungen im Rahmen der demoskopischen Begleitforschung des BMFSFJ.

IfD Allensbach (2021a): Ein Jahr Corona-Pandemie. Wie geht es Familien in der Krise?

IfD Allensbach (2021b): Leben- und Einkommenssituation von Alleinerziehenden. Zusammenfassung von Kernergebnissen und Schaubildern zu einer repräsentativen Befragung von Alleinerziehenden im Juni/Juli 2020.

IfD Allensbach (2022a): Weichenstellungen für die Aufgabenteilung von Elternpaaren in Familie und Beruf. Repräsentative Elternbefragung. IfD-Umfrage 9213.

IfD Allensbach (2022b): Partnerschaftliche Aufgabenteilung in der Familie. Repräsentative Bevölkerungsbefragungen in Dezember 2021 und Januar 2022.

IfD Allensbach (2022c): Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen zuletzt 12054, Dezember 2022.

IfD Allensbach (2023): Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen zuletzt 12066, Januar 2023.

Jessen et al. (2020): Gründe für unterschiedliche Kita-Nutzung von Kindern unter drei Jahren sind vielfältig. DIW Wochenbericht 14/20.

Kelle (2020): Combining employment and care-giving: how differing care intensities influence employment patterns among middle-aged women in Germany. *Ageing and Society*, 40 (5), 925–943.

Letabier und Wall (2018): Changing Lone Parenthood Patterns: New Challenges for Policy and Research. In: Bernardi und Mortelmans. *Lone Parenthood in the Life Course*.

Müller und Wrohlich (2020) Does subsidized care for toddlers increase maternal labor supply? Evidence from a large-scale expansion of early childcare. *Labour Economics*, 62.

Prognos (2020): Policy Paper: Investiver Sozialstaat – innovativ und wirksam.

Prognos (2021): Aus der Corona-Krise lernen: Erfahrungen und neue Impulse für die betriebliche Vereinbarkeitspolitik.

Prognos (2022a): Familien in der Corona-Pandemie.

Prognos (2022b): Vereinbarkeit von Familie und Beruf als Beitrag zur Fachkräftesicherung. Policy Paper.

Prognos (2022c): Auswirkungen der Inflation. Mehrausgaben von Familienhaushalten und das Entlastungspaket der Bundesregierung. Unveröffentlichte Kurzexpertise.

Prognos (2022d): Wie väterfreundlich ist die deutsche Wirtschaft? Trends, Rahmenbedingungen und Entwicklungspotenziale.

Rothgang und Müller (2021): Barmer Pflegereport 2021. Wirkungen der Pflegereformen und Zukunftstrends. Schriftenreihe zur Gesundheitsanalyse Band 32.

Sinus (2023): Was heißt hier familienfreundlich? Vorstellungen und Erwartungen von (potenziellen) Eltern. In: Monitor Familienforschung Beiträge aus Forschung, Statistik und Familienpolitik Ausgabe 45.

Statistisches Bundesamt (2022a): Mikrozensus 2021. Sonderauswertung Mikrozensus 2021, eigene Berechnungen Prognos AG.

Statistisches Bundesamt (2022b): SGB-II-Hilfequoten (Monats- und Jahreszahlen).

Statistisches Bundesamt (2022c): Kinder in Bedarfsgemeinschaften (Monatszahlen).

Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2022): SGB-II-Hilfequoten (Monats- und Jahreszahlen). Zeitreihe Jahresdurchschnitte, Datenstand: September 2022.

Tesch-Römer und Hagen (2018): Ausgewählte Aspekte zur informellen häuslichen Pflege in Deutschland. DZA Fact Sheet.

Unabhängiger Beirat für die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf (2019): Erster Bericht des unabhängigen Beirats für die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf.

Walper und Kreyenfeld (2022): The Intensification of Parenting in Germany: The Role of Socioeconomic Background and Family Form. *Social Sciences* 11 (3), 134.

Impressum

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung; sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.

Herausgeber:

Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Referat Öffentlichkeitsarbeit
11018 Berlin
www.bmfsfj.de



Bezugsstelle:

Publikationsversand der Bundesregierung
Postfach 48 10 09, 18132 Rostock
Tel.: 030 18 272 2721
Fax: 030 18 10 272 2721
Gebärdentelefon: gebaerdentelefon@sip.bundesregierung.de
E-Mail: publikationen@bundesregierung.de
www.bmfsfj.de

Für weitere Fragen nutzen Sie unser
Servicetelefon: 030 20 179 130
Montag–Donnerstag: 9–18 Uhr
Fax: 030 18 555-4400
E-Mail: info@bmfsfj-service.bund.de

Einheitliche Behördennummer: 115*

Artikelnummer: 2BR356

Stand: März 2023, 1. Auflage

Gestaltung: www.zweiband.de

Redaktion: Prognos AG im Rahmen des Kompetenzbüros Wirksame Familienpolitik. Das Kompetenzbüro Wirksame Familienpolitik arbeitet im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und leistet wissenschaftliche Unterstützung und demoskopische Begleitforschung durch das IfD Allensbach zu aktuellen Fragen der Familienpolitik.

Bildnachweis Lisa Paus: Laurence Chaperon

Bildnachweis: Titel © monkeybusinessimages/iStock

* Für allgemeine Fragen an alle Ämter und Behörden steht Ihnen auch die einheitliche Behördenrufnummer 115 zur Verfügung. In den teilnehmenden Regionen erreichen Sie die 115 von Montag bis Freitag zwischen 8 und 18 Uhr. Die 115 ist sowohl aus dem Festnetz als auch aus vielen Mobilfunknetzen zum Ortstarif und damit kostenlos über Flatrates erreichbar. Gehörlose haben die Möglichkeit, über die SIP-Adresse 115@gebaerdentelefon.d115.de Informationen zu erhalten. Angaben dazu, ob in Ihrer Region die 115 erreichbar ist, und weitere Informationen zur einheitlichen Behördenrufnummer finden Sie unter <http://www.d115.de>.

